

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

Nr. 138.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 194.

Druck-Preis für Halle und die Bezugs- 2/10 Mark, nach die Post bezogen 3 Mark für das Quartier.
Die halbjährige Zeitung kostet nach dem Postamt. — Druck-Preis: 1/10 Mark für den Monat.
Für den Postumschlag, die Abnahme von 100 Exemplaren (Einsendungs- und Postumschlag), 1/10 Mark für den Monat.

Zweite Ausgabe

Abgabe-Preis für die halbjährige Zeitung oder deren Stamm für Halle 1/10 Mark
auswärts 2/10 Mark. Anhalt am Schluss des Quartiers 2/10 Mark für die halbjährige Zeitung.
Anhalt bei der Abgabe in Halle 1/10 Mark, und bei allen anderen Anhaltungs-Orten 2/10 Mark.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 97.
Telephon Nr. 128.

Freitag, 22. März 1901.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon Nr. 93.

Deutsches Reich.

Halle, 22. März.

* Der Reichstag ist gestern in die Dieringer gegangen. Die Hauptarbeit des Plenums hat in der Fertigstellung des Etats bestanden, nachdem dieser die Budgetkommission fast fast, ferner des Nachtrags Etats, welcher im Januar die Budgetkommission verlassen hat, und des Ergänzungsetats, der im Plenum durchberathen und nunmehr dem Hauptetat eingeleitet worden ist. Die wichtigsten Vorlagen waren an Kommissionen verwiesen und sind nach eingehender Beratung zum größten Theile durchberathen worden. Die Kommissionsberichte über das Urheber- und Verlagsrecht, der Geheimschutz betreffend die privaten Versicherungsunternehmungen, die Auslieferungsanträge in der VIII. Kommission, die Initiativeanträge betreffend die Revision des Oberverwaltungsorgans sind ebenfalls festgelegt, theils schon erledigt. In den Kommissionen sind noch verhandelt das Baumwein-Verordnung, die Novelle zum Weingesetz, die Reformen in der Ordnung mit dem Weinbau, die Ergänzung des Gesetzes über die Freizügigkeit der Religionszugehörigen und die Änderung des Art. 32 der Verfassung (Kommunikationsgesetz), sowie der Antrag Lindemanns betreffend die Frachtarbeit im deutsch-russischen Handelsvertrage. Dem Reichstage bleibt demnach nach Diering noch wenig Arbeit übrig, abgesehen von Politaris, von dem es noch unklar ist, wann er an den Reichstag kommen kann.

* Neue Gesetze. Der „Staatsanw.“ veröffentlicht eine Verordnung, nach welcher das Gesetz vom 16. September 1899 betreffend die Dienststellen des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen am 1. April in Kraft tritt.

* Die neue Reichsanleihe. Am Mittwoch hat in der Reichshaus unter Vorsitz des Reichsbank-Präsidenten Dr. Koch eine Sitzung des Anleihe-Komitees stattgefunden, der die Vertreter sämtlicher großen Banken beigewohnt haben. Wie verlautet, hat man sich zu einem Uebernahmefuß von 87,50 geeinigt. Es konnte jedoch vorläufig nur die Uebernahme eines Betrages von 174 Mill. Mk. in Betracht gezogen werden, da hinsichtlich des Restes bis 300 Mill. Mk. die Einwilligung des Reichstages noch besteht. Die Begebung der neuen Anleihe dürfte bereits in den ersten Tagen des Monats April erfolgen.

* Nach dem Vortrag des Reichsfinanzlers am Mittwoch empfangt der Kaiser Generalmajor v. Boppre, Kammerherr v. Althelm, Oberlieutenant v. Hoff, bei sich. Generalmajor v. Boppre, welcher auf Einladung Sr. Maj. eine Reise auf der „Victoria Luise“ der Hamburg-America-Linie nach dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer unternimmt. Zu der Mittelmarsch bei den Majestäten war der Reichsfinanzler Graf von Helldorf geladen. Nach der Tafel arbeitete der Kaiser zunächst in der Privatbibliothek und demnach allein; nach der Abendmahlzeit sah er den Kontrakt-Sollmann, den Staatssekretär v. Bobbieroff und den Generalleutnant v. Hoff, bei sich. Generalmajor v. Boppre, welche am Freitag den Vortrag des Kriegsministeriums Generals der Infanterie v. Götzer, dem benachbarten des Chefs des Generalstabes der Armee General der Kavallerie Grafen v. Schlieffen und schließlich denjenigen des Chefs des Militärkabinetts Generalobersten v. Jagow.

* Der Kaiser hat das Präsidium des Abgeordnetenhauses benachrichtigt, daß er daselbst, dem im Schreiben vom 8. d. M. zum Ausdruck gebrachten Wünsche entsprechend, am Freitag 1 Uhr Mittags im königlichen Schloß zu Berlin empfangen werde.

* Der Besuch des Kronprinzen Wilhelm am Wiener Hofe darf nunmehr als feststehend betrachtet werden, wie aus den Vorbereitungen hervorgeht, die gegenwärtig bereits in der österreichischen Hauptstadt getroffen werden. Der Kronprinz wird nach den bisherigen Dispositionen am 14. April in Wien einreisen und als Gast des Kaisers Franz Josef in der Hofburg die Wohnung nehmen. Am 16. April wird zu Ehren der Anwesenheit des deutschen Kronprinzen ein Gala-Diner stattfinden, an welchem außer dem hohen Hofe der Kaiser Franz Josef, der österreichische Kronprinz, sowie sämtliche zur Zeit in Wien anwesende Erzherzöge mit ihren Gemahlinnen und die obersten Hofbeamten teilnehmen. Am einen der nächsten Tage wird mit der Kaiserin in Wien die große Frühjahrsparade abgehalten, welcher Kronprinz Wilhelm in der Suite des Kaisers Franz Josef beizuwohnen wird. Auch der österreichische Kronprinz dürfte den Kronprinzen Wilhelm an einem Abend bei sich zu Gast sehen.

* Der Reichstag wird die ursprüngliche geplante Beschließung nicht unternehmen. Der Reichstag hat die Beschließung, die Gegenheit der Anwesenheit des Uebernahmefußes in der Dieringer Hand die Beschließung zu bekräftigen. Jetzt wird mitgeteilt, daß er davon Abstand genommen hat.

* Personalnachrichten. Generalleutnant von Möhner, Kommandeur der Grenadier-Regiment und General a. la suite des Kaisers, hatte bei einem Spazierritt durch den Tiergarten das Unglück, mit dem Pferde zu stürzen und sich das linke

Schultergelenk zu brechen. Sein Befinden ist indessen verhältnismäßig gut, und die Belegung giebt zu Befürchtungen keinen Anlaß. — Der zum deutschen Gesandten in Tokio ernannte bisherige Gesandte in Brasilien, Graf von Arco-Valley, hat sich, ohne Europa zu verlassen, von Rio de Janeiro direkt nach Japan begeben. — Ende dieses Monats tritt der Kreisgerichtsrath a. D. Rudolf Parrissius von der Leitung der „Deutschen Genossenschaftsbank Sögel, Parrissius u. Co.“ zurück.

* Der „Aurora-Pennsylv.“ erklärt die demnächstige Nachfrist über den Gesundheitszustand des Erzbischofs v. Stabilewski für gänzlich grundlos mit dem Einwürfen, daß keinerlei Anlaß zu irgend welchen Befürchtungen vorliege.

* Die „Aurora“ eine „Leitner-Beilage“ hat die „Münchener Allgemeine Zeitung“ gekauft, die Zeitung soll ein neues Programm erhalten, die Uebernahme einer Reihe reaktionärer Kräfte von Berlin nach München sei bereits vorbereitet u. i. w., entbehrt jeder Begründung.

* Internationale Landwirtschaftsgesellschaft. Am 11. und 12. März fand in Paris in Anlaß an die Sitzungen der hiesigen Kommission des internationalen landwirtschaftlichen Kongresses, der im Juni v. J. tagte, auf Grund eines dort gefaßten Beschlusses die vorläufige Konstituierung des internationalen Komitees für die Gestaltung der Getreidepreise statt. Es waren dabei vertreten neundzwanzig landwirtschaftliche Körperlichkeiten aus acht europäischen Ländern, nämlich aus Deutschland, Frankreich, Dänemark, Ungarn, Spanien, Portugal, der Schweiz und Serbien. Es wurde ein vorläufiger Statutenentwurf beraten und eine Sitzung für Monat Mai zur endgültigen Konstituierung beschlossen. Von deutschen landwirtschaftlichen Körperlichkeiten waren in Paris folgende vertreten: Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, Bund der Landwirthe, der Allgemeine Verband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Darmstadt, der Generalverband hiesiger Genossenschaften für Deutschland zu Neuwied. Zum Vorsitzenden dieses Komitees wurde der Vertreter der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Georg Prinz v. Schönau-Carolath, gewählt, zum Generalsekretär Herr Rieth-Palfant in Berlin, Vertreter französischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Deutscher Reichstag.

73. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Nieberding, Frhr. v. Tschilman, v. Bobbieroff und jährliche Kommission.

Auf die widerwärtige Sitzung des gestrigen Tages folgte heute eine ruhige und erhellende Verhandlung über die Verfassung des Reiches. Der Reichstag hat heute seine dreijährige Sitzung beendet. Die Verhandlung über die Verfassung des Reiches ist beendet. Die Verhandlung über die Verfassung des Reiches ist beendet. Die Verhandlung über die Verfassung des Reiches ist beendet.

Zur Beratung stand die Fortsetzung der dritten Lesung des Etats, und zwar des Etats der Reichsjustizverwaltung. Auf Anregung des Abg. Gröber (Zlr.) erließ der Reichstag die Beschlüsse, die Reichsjustizverwaltung zu reorganisieren. Die Reichsjustizverwaltung ist reorganisiert. Die Reichsjustizverwaltung ist reorganisiert. Die Reichsjustizverwaltung ist reorganisiert.

Abg. Heine (Soz.): Er habe eine persönliche Angelegenheit mit dem Justizminister Schöndt zu erledigen. Aber was soll man thun, wenn der Reichstag nicht zustimmt? Er müßte hier gegen den Reichstag und gegen Schöndt im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesuch stellen, das Reichstag nicht zustimmt. Er müßte hier gegen den Reichstag und gegen Schöndt im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesuch stellen, das Reichstag nicht zustimmt.

Abg. Heine (Soz.): Er habe eine persönliche Angelegenheit mit dem Justizminister Schöndt zu erledigen. Aber was soll man thun, wenn der Reichstag nicht zustimmt? Er müßte hier gegen den Reichstag und gegen Schöndt im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesuch stellen, das Reichstag nicht zustimmt. Er müßte hier gegen den Reichstag und gegen Schöndt im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesuch stellen, das Reichstag nicht zustimmt.

Abg. Heine (Soz.): Er habe eine persönliche Angelegenheit mit dem Justizminister Schöndt zu erledigen. Aber was soll man thun, wenn der Reichstag nicht zustimmt? Er müßte hier gegen den Reichstag und gegen Schöndt im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesuch stellen, das Reichstag nicht zustimmt. Er müßte hier gegen den Reichstag und gegen Schöndt im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesuch stellen, das Reichstag nicht zustimmt.

reich geliebt mit persönlichen Bemerkungen, die nicht nach meinem Geschmack sind, die ich auch nicht weiter erörtere. Ich kann da keine Rede nur, soweit sie gegen den preussischen Justizminister gerichtet war, als ein Mitleid betriebe, wie man einen Abgesandten mit solchen Bemerkungen beehren kann. (Lärm von den Abgeordneten.) „Er konnte ja hier sein!“ Ich habe nur zwei Sachen richtiggefunden, die der Abgeordnete Heine vorgebracht hat, um über den Minister Klage zu führen. Er hat zunächst die Bemerkung, die der Justizminister über den Bundesratspräsidenten gemacht hat, hier so dargestellt, als wenn er für diesen beliebigen ehrenamtlichen geworben wäre. Ich will Ihnen vorlesen, was der Justizminister gesagt hat und dann das Urtheil dem hohen Hause überlassen. Nach dem stenographischen Bericht hat der preussische Justizminister gesagt: „Die Darstellung des Heines, wie sie von dem Abg. Heine im Reichstage gegen mich worden, nämlich in dem, meine Herren, mich als beliebigen geworben, der preussischen Justizminister Schöndt, der ein für allemal rechtlicher Mann gewesen sein soll — er hat sich persönlich nicht geäußert — zugleich ein sehr schwacher Mann gewesen ist.“ Wenn der Justizminister über einen Beamten, über den der Abg. Heine hier ganz andere Dinge erzählt hat, die meiner Meinung nach viel weitergehen (Sehr richtig! rechts), nur das gesagt hat, dann möchte ich fragen, wie der Abg. Heine dazu kommt, das Alles vorzutragen und Epithen und Beschuldigungen gegen den Justizminister einzuflechten, wie es vorhin geschehen ist. (Sehr wahr! rechts.) Er hat dann den Vorwurf erhoben, die Richter seien nicht unabhängig, sondern Einflüsse von anderen Stellen ausgeübt, und auch hier an der Stellungnahme des Justizministers dazu Kritik geübt. Auch in dieser Beziehung giebt der stenographische Bericht ein deutliches Zeugnis. Der Justizminister hat gesagt: „Ich will Ihnen dahin Mitteilung geben, daß, wenn der Abg. Heine die Behauptung aufstellt, es sei der Versuch gemacht worden, irgend einen Richter zu beeinflussen, direkt oder indirekt, unverschämter oder nicht, durch Genuß oder Liquor“ — das ist Unmoralität!“ (Sehr wahr! rechts.) Wie kommt der Abgeordnete Heine dazu, zu sagen, der Justizminister habe nicht das Nötigste gethan, um die Unabhängigkeit der Justizbehörden zu wahren? Der Abg. Heine hat unerschöpfliche Angriffe auf die preussischen Richter geführt, die, wenn ihnen Unrecht zu Grunde liegt, sich die Richter als Schwachköpfe erweisen müßten. Eine Darstellung entspricht aber nicht der Wahrheit. Die Minister der Bundesstaaten sind nicht verpflichtet, sie zu erweisen, sie sind nicht einmal berechtigt dazu, soweit sie nicht Bundesratsmitglieder sind. (Lärm: Herr Schöndt ist Mitglied des Bundesrats!) Gewiß, die Mitglieder des Bundesrats sind nicht verpflichtet, sie zu erweisen, sie sind nicht einmal berechtigt dazu, soweit sie nicht Bundesratsmitglieder sind. (Lärm: Herr Schöndt ist Mitglied des Bundesrats!) Gewiß, die Mitglieder des Bundesrats sind nicht verpflichtet, sie zu erweisen, sie sind nicht einmal berechtigt dazu, soweit sie nicht Bundesratsmitglieder sind.

Abg. Sasse (Soz.) meint, Herr Schöndt sei im Gefühl seiner Schwäche ausgeblieben. Auch unter der Amtsführung Schöndts seien Beeinträchtigungen von Richtern vorgekommen; Nieberding führt einen Fall aus Königsberg i. Pr. an, mit dem er diese Behauptung begründen zu können glaubt.

Staatssekretär Nieberding erwidert, daß es sich in diesem Falle um die Reichsjustiz in den Einzelstaaten handle, die der Aufsicht des Reichs-Justizministers nicht unterstünden.

Abg. Heine (Soz.) meint, Herr Schöndt sei im Gefühl seiner Schwäche ausgeblieben. Auch unter der Amtsführung Schöndts seien Beeinträchtigungen von Richtern vorgekommen; Nieberding führt einen Fall aus Königsberg i. Pr. an, mit dem er diese Behauptung begründen zu können glaubt.

Staatssekretär Nieberding erwidert, daß es sich in diesem Falle um die Reichsjustiz in den Einzelstaaten handle, die der Aufsicht des Reichs-Justizministers nicht unterstünden.

Abg. Heine (Soz.) meint, Herr Schöndt sei im Gefühl seiner Schwäche ausgeblieben. Auch unter der Amtsführung Schöndts seien Beeinträchtigungen von Richtern vorgekommen; Nieberding führt einen Fall aus Königsberg i. Pr. an, mit dem er diese Behauptung begründen zu können glaubt.

Staatssekretär Nieberding erwidert, daß es sich in diesem Falle um die Reichsjustiz in den Einzelstaaten handle, die der Aufsicht des Reichs-Justizministers nicht unterstünden.

Abg. Heine (Soz.) meint, Herr Schöndt sei im Gefühl seiner Schwäche ausgeblieben. Auch unter der Amtsführung Schöndts seien Beeinträchtigungen von Richtern vorgekommen; Nieberding führt einen Fall aus Königsberg i. Pr. an, mit dem er diese Behauptung begründen zu können glaubt.

Staatssekretär Nieberding erwidert, daß es sich in diesem Falle um die Reichsjustiz in den Einzelstaaten handle, die der Aufsicht des Reichs-Justizministers nicht unterstünden.

Abg. Heine (Soz.) meint, Herr Schöndt sei im Gefühl seiner Schwäche ausgeblieben. Auch unter der Amtsführung Schöndts seien Beeinträchtigungen von Richtern vorgekommen; Nieberding führt einen Fall aus Königsberg i. Pr. an, mit dem er diese Behauptung begründen zu können glaubt.

Staatssekretär Nieberding erwidert, daß es sich in diesem Falle um die Reichsjustiz in den Einzelstaaten handle, die der Aufsicht des Reichs-Justizministers nicht unterstünden.

